

Die Beteiligungsgruppe macht als Runder Tisch weiter

Gefängnisneubau – Information über JVA-Planungsprozess / OB Broß: Bürger weiter mitnehmen / 2022 könnten Bagger anrücken

Rottweil. Die Beteiligungsgruppe zum Neubau der Justizvollzugsanstalt (JVA) Rottweil wird in Form eines Runden Tisches fortgesetzt. Die Stadt Rottweil und das Land Baden-Württemberg wollen so ein Forum schaffen, um die Bürger auch in Zukunft einzubeziehen.

Staatsrätin Gisela Erler und Oberbürgermeister Ralf Broß hatten Vertreter des Landes und der Stadtverwaltung, der JVA Rottweil sowie Bürger ins Alte Rathaus eingeladen, um über den aktuellen Stand des Verfahrens zu informieren und das weitere Vorgehen abzustimmen. Anwesend waren seitens der Bürgerschaft Vertreter des Rottweiler Gemeinderats, des Naturschutzbundes NaBu, des Bürgerforums Perspektiven Rottweil, des Bewährungshilfevereins sowie der Gemeinde Villingendorf.

Wie das Amt Konstanz vom Landesbetrieb Vermögen und Bau berichtete, befindet sich das Projekt derzeit in der Vorentwurfsphase, der Siegerentwurf aus dem Architektenwettbewerb wird überarbeitet und verfeinert. Dabei geht es etwa um betriebliche und organisatorische Aspekte wie die Raumanordnung und die Verkehrsflächen. Auch die technischen Anlagen, insbesondere die Ver- und Entsorgungsanlagen und die Lüftungsanlagen müssten geplant werden. Zudem werden Anforderungen aus dem Bürgerbeteiligungsverfahren geprüft und umgesetzt. Mit dem Vorgehen sollen zudem die Baukosten optimiert werden.

Die Vorentwurfsplanung soll noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. Parallel läuft bei der Stadtverwaltung das Bebauungsplanverfahren. Wie Bürgermeister Christian Ruf erläuterte, ist mittlerweile die frühzeitige Beteiligung der Bürger und der Behörden beendet. Die eingegangenen Anregungen werden nun bearbeitet und gegebenenfalls in das Planwerk eingearbeitet. Die förmliche Offenlage des Bebauungsplanes steht dann im kommenden Jahr an. Danach könnte der Abwägungs- und Satzungsbeschluss erfolgen – nach derzeitigem Stand ebenfalls 2020. Das Amt Vermögen und Bau hat das Ziel, im kommenden Jahr die Entwurfsplanung für die neue JVA zu erstellen und damit die Voraussetzung für eine Berücksichtigung im Landes-Haushalt 2022 zu schaffen. Dann wäre ein Baubeginn wie geplant 2022 möglich.

Gemeinsam mit Hannes Wezel von der Stabsstelle für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium erörterten die Anwesenden anschließend Möglichkeiten, die Bürger weiterhin in das Projekt einzubeziehen. Man verständigte sich darauf, sich als »Runder Tisch JVA« etwa ein- bis zweimal jährlich zu treffen. Beim nächsten Treffen im ersten Halbjahr 2020 soll die Vorentwurfsplanung präsentiert werden. Nachgedacht wurde ebenfalls über mögliche Informationsangebote für die Bürger während der Bauphase. Die Stadt verwies hier auf die guten Erfahrungen mit dem Info-Punkt und den Baustellenführungen beim Bau des Testturms.

© Die inhaltlichen Rechte bleiben dem Verlag vorbehalten. Nutzung der journalistischen Inhalte ist ausschließlich zu eigenen, nichtkommerziellen Zwecken erlaubt.